Danziger Schulzeitung

Herausgegeben vom Lehrerverein der Freien Stadt Danzig

Verantwortlicher Schriftleiter: W. Kramp, Danzig-Langfuhr, Brösener Weg 53. Fernsprecher 427 01.

Verleger und Anzeigenverwalter: L. Wawer, Danzig, Am Trumpfturm 9.

Danzig, den 1. Oktober 1931 | 12. Jahrgang. | Nummer 19

Zur Wahl der neuen Kreisschulräte.

„Der Senat hat eine freigewordene evangelische Schulratsstelle durch einen katholischen Herrn besetzt und über den Etat hinaus eine neue katholische Schulratsstelle geschaffen und besetzt.

So sehr dem Lehrerverein die Wiedereinrichtung der sechsten Schulratsstelle zu gegebener Zeit erwünscht ist, so hält er es doch in diesem Augenblick des schärfsten Kulturabbaues für richtiger, die verfügbaren Mittel der Schule unmittelbar für das Verbleiben von jungen Lehrern in der Schule, für Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln u. ä. zuzuführen.

Der Verein kann sich des peinlichen Eindrucks nicht erwehren, daß bei diesen Wahlen zu Schulräten nicht so sehr sachliche als in der Hauptsache parteipolitische Gründe maßgebend gewesen sind.

Der Lehrerverein zu Danzig stellt fest, daß die Wahl dieser Schulräte nicht rechtmäßig geschehen ist insofern, als die Lehrerkammer der Freien Stadt Danzig dabei nicht befragt worden ist, wie es nach den immer noch geltenden Ministerialerlassen vom 30. 1. 20 V. Sch. A. 19b und vom 27. 3. 20 Zentralblatt 307 und der Zusage des Senats vom 6. 3. 28 W 104 geschehen muß. Er stellt ferner fest, daß nunmehr durch das Vorhandensein von drei katholischen gegenüber drei evangelischen Schulräten die Parität zwischen den Konfessionen zuungunsten des evangelischen Volksteils schwer gestört worden ist. Verschärft wird diese Imparität noch dadurch, daß beide Schulratsstellen in der Stadt Danzig nur durch katholische Inhaber besetzt sind, während sämtlichen evangelischen Schulräten das Land überlassen bleibt.

Der Lehrerverein hält eine solche Reglung für unmöglich und fordert:

1. daß der Senat die Ungültigkeit der Wahlen feststellt,

2. daß bei der Neuwahl die Lehrerkammer der Freien Stadt Danzig rechtmäßig befragt wird,

3. daß die Parität bei der Besetzung der Schulratsstellen sowohl der Zahl als auch dem Ort der Wirksamkeit nach gewahrt wird."

Entschließung der Versammlung des Lehrervereins zu Danzig am 17. September d. J.

Der **Danziger Lehrerinnenverein** hat in seiner an demselben Tage stattfindenden Versammlung gleichfalls zu dieser Frage Stellung genommen und berichtet darüber:

„In der erregten Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Art der Besetzung eine schwere Schädigung der berechtigten evangelischen Interessen bedeute. In Zeiten des geplanten radikalen Schulabbaus, der die Schule der jungen Lehrkräfte berauben muß und die meisten jungen Lehrer und Lehrerinnen brotlos macht, ist die Wiedereinrichtung einer bisher unbesetzt gebliebenen Schulratstelle nicht zu verstehen."

Der Aktionsausschuß der **Deutschliberalen Partei** hat nach Meldungen der Tageszeitungen vom 28. September folgende Entschließung angenommen:

„Der Senat hat ohne sachlichen Grund, ohne etatsrechtliche Vollmacht und unter Nichtachtung der konfessionalen Parität beschlossen, eine neue (die sechste) Schulratsstelle (Kreisschulinspektion) zu schaffen. Anstatt, wie versprochen, zu vereinfachen und abzubauen, hat der Senat den Verwaltungsapparat dadurch künstlich aufgebläht, und dies in einer Zeit, in der Zehntausende Not leiden, der Bevölkerung die schwersten steuerlichen Opfer auferlegt werden, das Schulwesen im Innern scharfen Einschränkungen unterworfen wird. Der Aktionsausschuß der Deutschliberalen Partei mißbilligt diese Maßnahme, die lediglich auf parteipolitische Machtansprüche zurückzuführen ist, und bittet den Abgeordneten Senator Dr. Strunk und die Fraktion des Blocks der Nationalen Sammlung, die Stelle nicht zu bewilligen."

In der **Synode des Kirchenkreises Danziger Nehrung,** die am 24. September in Tiegenhof tagte, kam es nach einem Bericht in den „Danziger Neuesten Nachrichten" vom 26. September

„zur einstimmigen Annahme einer Resolution, die schärfsten Protest gegen jede Verletzung der konfessionellen Parität bei der Besetzung leitender Schulstellen zum Ausdruck brachte."

Der **Evangelische Bund** wendet sich unter dem 26. September mit folgendem Aufruf an die Öffentlichkeit:

„Evangelische Danzigs!
insbesondere
evangelische Elternschaft!

Wieder einmal sind die Belange des evangelischen Volksteils Danzigs schwer verletzt worden.

Für die beiden Kreisschulratsstellen innerhalb der Stadt Danzig sind Katholiken gewählt worden, so daß es in Danzig keinen evangelischen Kreisschulrat mehr gibt. Dabei überwiegt die Zahl der evangelischen Kinder in den Volksschulen bei weitem die der katholischen.

In letzter Stunde rufen wir Euch um unser Kinder willen auf, gegen das Vorgehen des Senats Eure Stimme zu erheben!

Wir erwarten Euch zu einer großen
Kundgebung
am Freitag, dem 2. Oktober, 8 Uhr abends, in der St.-Katharinen-Kirche.

Niemand darf fehlen!"

So ist zu der — zunächst ganz unglaublich erscheinenden — inzwischen aber leider Tatsache gewordenen Wahl der neuen Kreisschulräte öffentlich Stellung genommen worden.

Eine Äußerung des Senats zu diesem Echo seiner Maßnahmen liegt bisher nicht vor.

Sucht man Antwort auf die Frage, welche Gründe ihn bei der von ihm erfolgten Regelung dieser für unser Danziger Schulwesen so überaus wichtigen Frage geleitet haben mögen, so muß man sich mit dem begnügen, was die Tageszeitungen darüber bringen.

Die **„Danziger Allgemeine Zeitung"** gab bisher darüber gar keine Auskunft. Die Entschließung des L.-V. zu Danzig brachte sie am 19. September ohne jede Bemerkung zum Abdruck.

Die **„Danziger Neuesten Nachrichten"** gaben der Entschließung am 19. September eine Vorbemerkung, in der es heißt:

„Wie gemeldet, hat der Senat vor kurzem die Rektoren Paul Weiß und Franz Matschkewitz zu Kreisschulräten ernannt. Die Ernennung erweckte insofern Aufsehen, als damit eine Kreisschulratsstelle, die bisher eingespart worden war, aufgemacht und besetzt wurde. Im gegenwärtigen Augenblick, da von der Regierung in wiederholten Kundgebungen schärfste Sparsamkeit proklamiert worden ist, muß diese Maßnahme befremden."

Der Meldung über die Entschließung der Deutschliberalen Partei fügen die „Danziger Neuesten Nachrichten" am 28. September an:

„Wie erinnerlich, ist durch das Ausscheiden Prof. Steinbrechers Kreisschulrat Endruweit zum Oberschulrat, und in die dadurch freiwerdende Kreisschulratstelle Rektor Matschkewitz (Natsoz.) befördert, außerdem Rektor Weiß (Ztr.) ebenfalls zum Kreisschulrat ernannt worden. Die sechste Stelle ist anscheinend, weil parteipolitische Rivalität es forderte, geschaffen worden." (Vom Schriftleiter gesperrt.)

Die **„Danziger Volksstimme"** brachte bereits am 15. September folgendes:

„Das nennt man Sparsamkeit! Das Pflaster für Matschkewitz. — Neue Schulratsstelle für das Zentrum.

Von gut unterrichteter Seite wird uns folgendes mitgeteilt:

Im Senat ist der endgültige Beschluß über die Beförderung des Nazi-Rektors Matschkewitz zum Schulrat, über die wir bereits berichteten, nur mit Ach und Krach zustande gekommen. Aus erklärlichen Gründen wollten die Vertreter des Zentrums diesen Herrn nicht als Schulrat

sehen. Die Nazis mußten erst „Volldampf" geben und schließlich ihren letzten Trumpf ausspielen: Sturz der Regierung! Darauf große Betroffenheit! Erst nach langem Bedenken lenkten die Zentrumsleute ein, erklärten aber: Wenn wir schon die Blamage in dieser Angelegenheit erleiden müssen, so gehört ein anständiges Pflaster auf die erhaltene Wunde! Macht auch einen unserer Getreuen zum Schulrat, den Zentrumsabgeordneten, Rektor Weiß. — Gesagt, getan.

Herr Weiß wird sofort befördert, und da keine Stelle für ihn da ist, wird eine neue geschaffen!

Die vor Jahren abgebaute Stelle des 6. Schulrats, in Zoppot, wird wieder hergestellt. Es lebe der Kuhhandel!"

Die **„Danziger Landeszeitung"** bringt am 19. September im Anschluß an die Entschließung des L.-V. zu Danzig unter der Überschrift „Eine sachliche Klarstellung" überaus Aufschlußreiches, wovon der erste Teil hier ganz wiedergegeben sei:

„Zu dieser Protestentschließung möchten wir für heute einstweilen bemerken:

Was zunächst die Besetzung der „evangelischen Schulratsstelle mit einem katholischen Herrn", gemeint ist Herr Matschkewitz, betrifft, so bemerken wir, daß sowohl die katholische Danziger Bevölkerung als auch die katholische Danziger Lehrerschaft (wohlgemerkt, wir sprechen von katholisch, nicht von zur Zentrumspartei gehörig) diesen Herrn als Vertreter der katholischen Weltanschauung entschieden ablehnt. Einstweilen möchten wir zu der Sache nicht mehr sagen. Dieser Einstellung der katholischen Bevölkerung und Lehrerschaft gemäß haben auch die Vertreter des Zentrums gegen diese Ernennung Einspruch erhoben und sich gegen sie ausgesprochen, sie haben den Standpunkt vertreten, daß diese Stelle mit einem protestantischen Herrn besetzt werden soll. Wenn es anders gekommen ist, so trägt die Zentrumspartei und die Zentrumsfraktion daran keine Schuld.*)

Was die „neue katholische Schulratsstelle" angeht, so ist diese Behauptung auch nicht ganz richtig. Denn die nun wieder besetzte Schulratsstelle hat bis vor einigen Jahren bestanden, und es war seinerzeit der politischen Vertretung der Katholiken die Zusicherung gegeben, daß sie mit einem katholischen Herrn besetzt werden soll. Als sie dann frei wurde, wurde sie aus Ersparnisgründen einstweilen eingezogen. Nun ist sie wieder besetzt worden, und zwar ist die Besetzung sachlich begründet, denn seit der Einziehung der Stelle hat sich die Schülerzahl u. W. um nicht weniger als um 11 000 vermehrt. Die Zahl der Klassen, die jetzt jedem Kreisschulrat zufiel, war derart, daß er überhaupt nicht in der Lage war, neben der sonst zu leistenden Arbeit wenigstens einmal im Jahre in jeder Klasse zu erscheinen. Das ist kein gesunder Zustand, und der protestierende Lehrerverein muß ja selbst die Besetzung als sachlich berechtigt anerkennen, und er hätte sicher auch nicht dagegen protestiert, wenn sie mit einem Herrn seiner Richtung besetzt worden wäre. Daß diese Stelle (es handelt sich um den Bezirk Zoppot und den Großteil des Kreises Danziger Höhe) mit einem von der katholischen Lehrerschaft und der katholischen Elternschaft als wirklich katholisch betrachteten Persönlichkeit besetzt wird, ist selbstverständlich, ja entspricht dem Sinn der Verfassung, denn dieser Bezirk ist zu mindestens ¾ katholisch.

Über die Frage der Rechtmäßigkeit der Wahl wollen wir uns hier nicht auslassen, es wird Sache des Senats sein, zu diesem Vorwurf Stellung zu nehmen, auch ist uns nicht bekannt, ob und inwieweit die Vertreter der Lehrerschaft gehört worden sind. Nach unserer Kenntnis der Sachlage aber sind die Wahlen rechtmäßig erfolgt, und der Senat wird sie damit auch nicht für ungültig erklären können."

„Der Vorposten" wendet sich in seiner Ausgabe vom 25. September auf Grund unserer Entschließung direkt an uns. Es heißt in seiner Antwort:

„Gemach, meine Herren! Wir machen vorerst einen scharfen Trennungsstrich zwischen beiden Ernennungen. Durch die Beförderung des Herrn Schulrat Endruweit zum Oberschulrat wurde eine Schulratsstelle frei. Nach gewissen Bindungen aus früherer Zeit, an denen Sie auch nicht ganz unschuldig sind, mußte die erste freiwerdende Schulratsstelle mit einem Katholiken besetzt werden. Das ist nun durch den Rektor Matschkewitz geschehen. Oder stehen auch Sie, die doch hauptsächlich evangelischen Glaubens sind, auf dem Standpunkt, daß nur ein Zentrumsmann (außen schwarz und innen rot) als wahrer Katholik zu betrachten sei? Wir bestreiten dem Zentrum ganz entschieden, sich als Vertreter des katholischen Volksteils aufzuspielen. Für uns ist das Zentrum eine politische Partei, die kein Recht hat, das religiöse Empfinden unserer Katholiken für seine machtpolitischen Pläne zu mißbrauchen.

Doch nun zur zweiten Schulratsstelle. — Sie schreiben:

„So sehr dem Lehrerverein die Wiedereinrichtung der sechsten Schulratsstelle zu gegebener Zeit erwünscht ist, so hält er es doch in diesem Augenblick des schärfsten Kulturabbaues für richtiger, die verfügbaren Mittel der Schule unmittelbar für das Verbleiben von jungen Lehrern in der Schule, für Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln u. ä. zuzuführen."

Nein, meine Herren Vereinspolitiker! Wir halten diese Stelle nicht nur für heute, sondern auch für die Zukunft für durchaus überflüssig."

Sind nun aus allen diesen Stimmen die Gründe erkennbar, die den Senat bei der durch ihn erfolgten Wahl geleitet haben? — Nein, sie werden nicht deutlich. Und mehr als das. Man vermißt überhaupt jede diese Schulfrage nach den Erfordernissen der Schule regelnde Hand des Senats.

Wohl aber werden aus den vorliegenden Zeitungsauslassungen die Gründe der verantwortlichen politischen Parteien offenbar. Sie haben auf dem Rücken der Schule und zu ihrem unabsehbaren Schaden einen Handel geführt, wie wir ihn von solcher Übelkeit nicht einmal für möglich gehalten haben.

Hat das nicht verhindert werden können? Wir meinen: ja!

Unter dem 6. März 1928 antwortete der Senat auf eine diesbezügliche Kleine Anfrage im Volkstag:

„Der Senat wird wie bisher vor der Berufung neuer Kreisschulräte die zuständige Lehrervertretung hören."

Hätte der Senat diese seine Zusage gehalten, er wäre sachgemäß beraten worden, wie es die Frage erforderte, und hätte in dieser Stellungnahme der hierfür doch in erster Linie zuständigen Körperschaft eine Stütze gegen die Kräfte gehabt, die nun in so verheerender Weise zum Siege gekommen sind.

Die Lehrervertretung aber ist ausgeschaltet worden. Uns wird mitgeteilt, der Herr Senator für Wissenschaft, Kunst, Volksbildung und Kirchenwesen habe nicht gewußt, daß sie gehört werden mußte. Man wird es der Lehrerschaft nicht verargen können, daß sie sich über dieses Nichtwissen ihre eigenen Gedanken macht. Und mancher wundert sich darüber, daß unser Herr Senator — wenn er sich schon nicht dazu verpflichtet wußte — nicht von sich aus das Bedürfnis hatte, den Rat der Lehrervertretung zu hören. Das Verhältnis zwischen Schulräten und Lehrern muß auf Vertrauen gegründet sein, soll die Schule gedeihen. Darum die bisher geübte Fühlungnahme der Behörde mit der Lehrervertretung, sobald Schulratsstellen neu besetzt werden sollten.

Unser Herr Senator hat die Lehrervertretung ausgeschaltet. Ueberraschend sind wir vom Senat vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Und die Folgen?

Der konfessionelle Friede ist durch Nichtachtung der Rechte des evangelischen Volksteiles schwer gestört worden.

In der Schule, die durch alle von finanzieller Not diktierten Maßnahmen schon schwer genug getroffen ist, wirkt sich diese Beunruhigung zu ihrem Schaden bis in ihre letzten Klassen aus.

Die Bildung des notwendigen Vertrauensverhältnisses der Lehrer zu ihren neuen Beratern ist überaus erschwert.

Endlich — es muß auch das gesagt werden — das Vertrauen weiter Kreise der Lehrerschaft zu ihrem und der Schule oberstem Anwalt im Staat ist schwer erschüttert, bei so manchem überhaupt geschwunden.

Ein Großteil der Lehrerschaft hat sich nach dem Ausgang der letzten Volkstagswahl für das Verbleiben des früheren Senators für das Schulwesen eingesetzt. Das bedeutete damals jedoch nicht eine Stellungnahme gegen die Person des jetzt amtierenden, da ja noch niemand wußte, wer den Platz einnehmen sollte. Im Gegenteil, als die politischen Parteien über die Wünsche der Lehrerschaft hinweggingen und Herr Senator Dr. Winderlich an die Spitze des Danziger Schulwesens trat, sah man in ihm geradezu eine Gewähr für die Wahrung der Interessen der evangelischen Bevölkerung und gegen das Überhandnehmen unsachlicher Bestrebungen bei der Besetzung leitender Stellen im Schulwesen. Die Enttäuschung dieser Erwartungen ist bitter.

Was jetzt geschehen ist, stellt sich — wie das Echo der Öffentlichkeit das beweist — nicht nur in unsern Augen als ein Herd schlimmsten Unheils dar. Und der Trost, daß Derartiges in Zukunft nicht wieder geschehen werde, genügt nicht.

Wir bitten Sie, Herr Senator, stellen Sie sich an die Spitze der großen Teile der Bevölkerung und der Lehrerschaft, die diesen Unheilsherd wegschaffen und Ihnen die Möglichkeit zurückgeben wollen, die Besetzung der Schulratsstellen nach den Erfordernissen der Schule vorzunehmen.

W. Kramp.

---

*) Aus welchem Grunde setzt sich nun aber das Zentrum mit so überaus verdächtigem Eifer durch sein Parteiorgan für die Erhaltung eines Zustandes ein, gegen dessen Zustandekommen es sich doch selbst so stark gewehrt haben will, und für dessen Ungerechtigkeit es hier ein so anerkennenswertes Verständnis zum Ausdruck bringt.

Die Landeszeitung vom 28. 9. versucht in sehr, sehr langen Ausführungen die immer noch weitergreifende Empörung des evangelischen Volksteiles als „künstlich aufgepeitscht" und die jetzige Regelung auch als sachlich gerechtfertigt darzustellen. Da läßt man Tabellen aufmarschieren, in denen zwar Taufschein-Katholiken von wirklichen Katholiken unterschieden, Senator, Staatsrat und sogar der Rechtsberater der Schulverwaltung aber mit den Schulräten in einen Topf geworfen werden. Da es schon nicht so genau darauf ankommt, wird dann noch schnell behauptet, daß dem katholischen Volksteil nicht weniger als 100 Volksschullehrerstellen vorenthalten werden. Nicht deutlich wird, ob die 100 kathol. Kollegen, die diese Stellen jetzt verwalten, alle als Taufschein-Katholiken nicht für voll genommen werden.

Nur eins wird aus dem Artikel klar: Das Zentrum ist offenbar mit dem jetzt geschaffenen Zustande sehr zufrieden und wehrt sich darum so energisch gegen seine Änderung. W. K.

Die heutige Lage der deutschen Volksschule.

Vortrag von Dr. e. h. Johannes Tews im Lehrerverein der Freien Stadt Danzig am 12. September d. J.*)

„Verehrte Anwesende! Es ist mir eine sehr große Freude, wieder einmal hier in Danzig unter Berufsgenossen und Berufsgenossinnen zu sein. Früher ist das öfter der Fall gewesen. Mir ist Danzig eine ganz vertraute Stätte. Als der von Ihnen wohl noch nicht vergessene Heinrich Rickert noch lebte, habe ich in seinem Hause in Zoppot Jahr für Jahr einige Wochen zugebracht und mit diesem bedeutenden Manne auch sehr oft über das gesprochen, was uns, was die Schule bewegte. Ich habe Adalbert Klein nahegestanden, und eine langjährige Freundschaft verbindet mich mit dem Nestor der Danziger Presse, der hier unter uns weilt, mit Herrn Dr. Herrmann. Und wenn ich an die Berufsgenossen erinnern soll: Ich war mit Mielke, den die älteren von Ihnen sicherlich noch kennen, eng befreundet, mit Adler, und bin es mit den späteren Führern Bidder und Jasse und Ihrem allverehrten Vorsitzenden. Also, ich bitte mich nicht als Fremden anzusehen, sondern als einen, der noch mehr als Berufsheimat unter Ihnen in Anspruch nehmen darf.

Aber dann bitte ich um einige Nachsicht betreffs meines Vortrages. Ich stehe schon einige Jahrzehnte nicht unmittelbar in der Schule, ich schwimme nicht mehr im Strome, ich stehe am Ufer. Ich sehe oft vielleicht nur die Wellenbewegung, während Sie in den Fluten rudern und die Dinge wohl oft ganz anders und viel besser sehen als ich. Was ich Ihnen zu sagen habe, sind allgemeine Gedanken, wie sie oft durch meinen Kopf gegangen sind. Und so lassen Sie mich auch heute abend die Fragen, die wir hier miteinander durchdenken und besprechen wollen, unter einem Gesichtspunkt betrachten, der mir das Wesen der Sache zu bedeuten scheint. Nach meiner Auffassung ist die Lage der deutschen Volksschule und die Lage der Volksschule jedes Landes dieselbe, wie die Lage von Staat und Volk. Staat, Volk und Schule sind unlösbar miteinander verbunden. Ich meine das nicht so, daß wir nun auf Gedeih und Verderb mit allem verbunden wären, was unseren Staat und unser Volk angeht; aber die Lage des Staates und des Volkes begrenzen die Möglichkeiten, die wir in der Schule haben. Die Wirklichkeit ist oft noch eine andere. Sie hängt von sehr vielen Dingen ab, nicht zuletzt davon, wie wir selbst unsere Sache wahrnehmen und vertreten.

Sie kennen alle das Schillerwort: „In deiner Brust sind deines Schicksals Sterne!" Ich kann mir dieses Wort nicht zu eigen machen. So ist's nicht! Es ist halbe Wahrheit. Wir kleinen Einzelnen bestimmen unser Schicksal ganz gewiß nicht von uns allein aus. Ich glaube, der Wahrheit kommt ein anderer viel näher, nämlich Schopenhauer. Er sagt: „Das Schicksal mischt die Karten, aber wir spielen damit." Man kann mit guten Karten schlecht spielen, man kann mit schlechten Karten vielleicht nicht ganz gut spielen, aber man braucht nicht schlecht mit ihnen zu spielen!

Das, verehrte Zuhörer, ist notwendig, sich zu vergegenwärtigen, daß man dem Schicksal weder blind untergeordnet ist, noch sein Schicksal selbsteigen bestimmt. Hat man sich das vergegenwärtigt, dann wird ein großer Teil der Erbitterung und Verbitterung, der Mut- und Ratlosigkeit und der gegenseitigen Beschuldigungen und der inneren Kämpfe wegfallen. Man wird sich sagen: Du mußt das Deine tun, auch wenn schlecht Wetter ist!

Im großen und ganzen aber ist natürlich die Schule ein Stück des Staatslebens, des Volkslebens und der Staats- und Volkswirtschaft. Wir sprechen gern und haben auch allen Grund dazu, von der Eigengesetzlichkeit und von dem Eigenleben der Schule. In bezug auf das Innere der Schule dürfen wir uns das auch nicht nehmen lassen; trotzdem es auch da nicht ganz so ist. Wir bestimmen vielleicht das Wie im Unterricht nahezu selbsteigen, das Was wird uns indessen von anderer Seite zumeist gegeben.

Die weitgehende Abhängigkeit der Schule von Staat und Volk fällt ja ohne weiteres ins Auge: reiche Völker, reiche Staaten können ihre Schulen so ausgestalten, wie sie es wollen; sie tun's sehr oft nur auch nicht, es sind dann andere Kräfte vorhanden, die dem im Wege stehen. Arme Staaten, arme Völker — und wir sind ein blutarmes Volk geworden, auch Sie hier in Danzig sind beschränkt an allen Ecken und Enden. Aber auch wir sind unserer Armut nicht blind ausgeliefert. Wir können etwas tun, um unser Schicksal zu mildern. Das große Steigen und Fallen, das Wachsen und Abnehmen, die Wandlung des Zeitgeistes, alles das spricht in unserer Schule mit. Auch unsere Volkseigenart spricht mit, und zwar zu unsern Gunsten. Die Germanen haben der Welt zuerst das, was wir Volksschule nennen, gezeigt. Kein anderes Volk hatte bisher eine wirkliche Volksschule. Sie haben von uns gelernt, teilweise ziemlich schlecht. Teilweise drängen sie uns ihre Lehren auf. Sehr vieles flutet heute durch das deutsche Schulleben, das nicht deutsch ist, sondern fremdisch und fremd. Manche von uns sind sogar etwas zu eifrig, von Fremden zu lernen.

Inneres und äußeres Leben geht durch unsere Schule hindurch und gestaltet sie. Es ist ein Irrtum, wenn wir glauben, die Schule gehe voran. Die Schule geht nie voran, die Schule folgt nach! Die Schule ist die große Einrichtung, in der Jugend das neu zu erwecken und zu neuem Leben zu bringen, was die Menschheit erworben und gewonnen hat, das große Erbe an Bildung und Gesittung, und dadurch Kräfte zu wecken, die über die Kräfte der vorangegangenen Geschlechter hinausgehen, so daß die Geschlechter, die nun aus der Schule herauskommen, Größeres leisten können als die vorhergehenden. Das ist die Schule, wenn sie recht ist!

Den Zeitgeist bestimmt nicht die Schule, den Zeitgeist bestimmen die Geschlechter, die am lebenskräftigsten sind. Das ist das Alter so zwischen 20 und 30 und 30 und 40. Nun, wir Älteren wollen uns nicht schlechter machen, als wir sind, manche von uns bleiben auch noch über 40 hinaus jung und nehmen an der Gestaltung und Neugestaltung unserer Zeit teil. Aber in jenen Jahren liegen und lagen immer die großen Änderungen in der Menschheit.

Es ist darum sinnlos, verehrte Anwesende, wenn man die Jugend anklagt, die Jugend sei schlecht geworden. Die Jugend wird so, wie wir sind, und nicht anders, denn wir gestalten die Jugend. Die Keime sind heute nicht anders als früher, sondern das, was durch uns, durch die Lehrenden und Schaffenden, in die Jugend hineingetragen wird, ist gut oder schlecht. Und wenn uns die Jugend nicht gefällt, dann sollen wir uns anklagen und nicht die Jugend; denn „Wie die Alten sungen, so zwitschern die Jungen!", nicht von sich selbst.

Durch unsere Schule hindurch geht jede Zeit in ihrer Eigenart. Alles Auf und Ab, alle Lebensmächte, alle Krankheiten, alles Streben. Durch unsere Schule ist das strenggläubige Kirchentum hindurchgegangen, die Aufklärung des 18. Jahrhunderts, das vaterländische Erwachen im Anfang und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Alles sittliche Auf und Ab, es kommt von draußen in die Schule hinein. Wir können nicht alles, was uns nicht gefällt, aus der Schule fernhalten. Es geht mit uns und in uns in die Schule hinein. Dieses Hineintragen des Zeitgeistes in die Schule ist um so stärker, je heftiger, je schneller, je stärker der Strom der Zeit fließt. Man hat ja geglaubt, man könne den Zeitgeist aus der Schule fernhalten. Die Erziehung in den Klöstern beruht auf diesem Gedanken, die Erziehung in den Schulstiften, in den Heimschulen, und Rousseau hat im „Emile" in wunderbarer Weise diesem Gedanken Ausdruck gegeben. Aber es ist ein Irrtum; auch durch die dicksten Klostermauern geht der Zeitgeist hindurch, er ist nirgend fernzuhalten. Es ist auch, rein lehrmäßig genommen, nicht ohne weiteres ein Vorzug, wenn der Erzieher sagen kann, er sei dem Zeitgeist wenig oder gar nicht unterworfen. Es kommt ja darauf an, was der Zeitgeist bringt. Es ist weder ein Ruhm, „eine starke Eiche" zu sein, die sich im Sturm nicht biegt, noch ist es ein Ruhm, „eine weiche Linde" zu sein, die dem Sturm nachgibt. Aber eines muß man von dem Erzieher verlangen, daß er einen klaren Blick in seine Zeit hat, das Gute vom Schlimmen unterscheiden kann, und daß er das Gute aufnimmt und anerkennt, und das Schlimme abweist. Weder die Eiche noch die Linde kann man tadeln, aber „das Rohr, das hin und her schwankt" und jedem Winde nachgibt.

Die Abhängigkeit der Schule von Staat und Volk möchte ich noch nach einer anderen Seite hin wenigstens kurz streifen. Es hat Zeiten gegeben, in denen man Schule und Erziehung groß sah, und Zeiten, in denen man beides klein gesehen hat. Groß wurde die Erziehung gesehen in den Frühlingsstürmen des 16. Jahrhunderts, in der Aufklärungszeit des 18. Jahrhunderts, auch in der Zeit am Anfang des 19. Jahrhunderts, in den schönen ersten 70er Jahren des 19. Jahrhunderts. Da müssen wir uns denn wohl fragen: Wie sieht nun unsere Zeit Schule und Erziehung an? Groß oder klein? Die Antwort will ich an dieser Stelle nicht geben, sie wird sich vielleicht aus dem, was ich sage, von selbst herausstellen.

Was uns heute niederdrückt, was jeden von uns niederdrückt, ist besonders schwer und gerade für uns Ältere. Wir haben ein Leben hinter uns, das sich in fortwährendem, wenn auch noch so langsamem Wachstum vollzog. Staat und Volk wuchsen, die Volkswirtschaft wuchs, der Reichtum auf dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst wuchs, unser Volkskörper wuchs, alles war Wachsen, war Werden, Größerwerden, auch in unseren Schulen.

Das alles ist anders geworden seit dem Weltkriege. Unsere Bevölkerungszahl ist durch Abtrennung großer Gebiete kleiner geworden. Aber diese Verminderung der Bevölkerungszahl ist nicht das Schlimmste. Es geht viel Schlimmeres durch unser Volk! Die Verneinung des Kindes.

Wir haben heute etwa vier Millionen weniger Kinder als 1910 und haben vier Millionen Menschen mehr, die über 45 Jahre alt sind. Wir sind ein vergreisendes Volk und darum, meine Herren und meine verehrten Zuhörerinnen, weniger Schulen, darum weniger Lehrer, darum weniger Wachstum, darum weniger Erziehung.

Die Entvölkerung unserer Volksschulen ist ja entsetzlich! Von 1921 bis 1926 — also in fünf Jahren — verminderte sich die Volksschülerzahl in

*) Der Raummangel unserer Schulztg. erzwang für die Wiedergabe leider doch ein paar Kürzungen. Der Schriftleiter.

Ostpreußen um 50 000. Das ist die kleinste Zahl! In Berlin verminderte sich in derselben Zeit die Volksschülerzahl um 106 000, von 377 000 auf 271 000, in Niederschlesien um 120 000, in Westfalen um 214 000, im Rheinland um ¼ Million. Und mit den Kindern verschwanden auch Lehrer. Berlin verminderte seine Lehrerzahl in demselben Zeitraum um 1700. Trotzdem sank die Zahl der Schüler auf einen Lehrer von 35,6 auf 30,4, also trotz dieser Verminderung der Lehrerzahl noch eine wesentliche Verbesserung des Schulwesens. Im Freistaat Sachsen fiel die Zahl der Kinder von 720 000 auf 507 000, also um 213 000. Aber seine Lehrerzahl hat Sachsen nur um 1000 vermindert, also auf 213 Kinder einen Lehrer weniger. Die Zahl der Kinder auf einen Lehrer fiel damit von 43 auf 32.

Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß der Abbau, daß die Verminderung der Lehrerstellen bereits seit etwa zehn Jahren stattfindet, daß aber diese Verminderung in den ersten Jahren geringer war als die Verminderung der Kinderzahl. In Preußen sind dadurch ganz besonders schlimme Zustände entstanden, verschlimmert noch durch die Flüchtlingslehrer, die man ja Preußen fast ganz überlassen hat. Hier liegen die Ursachen für die Not der Junglehrer, die nicht in die Schulen hineinkommen oder bald wieder hinausgeworfen wurden.

In dem letzten Jahrfünft hat also eine Verminderung der Lehrerzahl und der Klassenzahl auch stattgefunden. Aber es ergab sich immer noch eine Verbesserung des Schulwesens. Heute, verehrte Anwesende, tritt etwas ganz anderes ein, eine Zerstörung und Verwüstung des Schulwesens, veranlaßt durch die Verschrumpfung der Wirtschaft, durch die wirtschaftliche Not. Änderungen im Körper des Schulwesens waren notwendig und sind notwendig, und niemand kann auch durch den flammendsten Protest das aus der Welt schaffen. Aber es handelt sich darum, wie diese Aenderungen vorgenommen werden, und da kann ich allerdings nicht umhin, die schwersten Anklagen gegen alles, was Schulverwaltung heißt, zu erheben!

Wir haben weniger Kinder in den Schulen, gewiß, wir haben weniger Arbeit. Aber ob die Folgerung dann ohne weiteres heißen muß: weniger Arbeiter? Das ist die große Frage. Wenn weniger Arbeit da ist, darf man da einen Teil der Arbeitenden auf die Straße werfen? Das ist freilich die Uebung, auch in der großen Wirtschaft, aber ich scheue mich nicht, es auszusprechen, daß es auch da ein Verbrechen ist gegen unser Volk. Das ist nicht Menschenwirtschaft, und den Menschen bewirtschaften ist die erste Aufgabe des Staates, sondern das ist roheste und blödeste Geldwirtschaft. Gerade weil ich anerkenne, daß Änderungen notwendig sind, glaube ich berechtigt zu sein, das auszusprechen.

Ich glaube es gibt einen anderen Weg, bei dem allen Arbeit bleibt: Es muß jeder weniger Arbeit leisten. Freilich, nun kommt ja das, wo vielleicht mancher von Ihnen „Nein" sagt: Weniger Arbeit, weniger Lohn! Es wird mir da nicht jeder zustimmen, aber das ist meines Erachtens der einzige Weg, auf dem die Frage lösbar ist, ohne daß Menschenwerte verloren gehen. So beim Beamten, so beim Lehrer, so auch beim Arbeiter. Beim Arbeiter ist's ja schon vielfach der Fall. Wir haben ja in unendlich vielen Betrieben die Kurzarbeit, bei der der Lohn sich nach der Zahl der geleisteten Stunden richtet.

So, verehrte Anwesende, wäre es möglich, volksmäßig, staatsmäßig und zukunftsmäßig die Frage zu lösen. Was tut man demgegenüber? Man wirft die Junglehrer hinaus, und die Alten — alt wird man heute ziemlich früh — sollen nun auch vor der Zeit aus den Schulen entfernt werden, 65 Jahre als Höchstalter genügen nicht mehr, es sollen 60, 62 oder 63 werden.

Lassen Sie mich bei den Junglehrern einen Augenblick verweilen. Der Junglehrer als Mensch tut mir leid, er ist zu beklagen. Aber viel tiefer berührt mich, daß wir dadurch den jungen Lehrer in den Schulen verlieren, und den, verehrte Anwesende, können wir nicht entbehren. Alle Achtung vor allen Alten! Ich will uns nicht schlechter machen, als wir sind, aber eine Lehrerschaft, die überaltert ist, kann ihre Aufgabe nicht lösen. Eine Lehrerzeitung brachte kürzlich aus der Stadt Köln die Mitteilung, daß unter etwa 2000 Lehrern und Lehrerinnen 72 Lehrer und Lehrerinnen waren, die weniger als 30 Jahr alt sind. Die Jugend ist nun einmal die Zeit des schöpferischen Lebens, alles was neu wird — und mag's noch so alt sein — im Bewußtsein des Menschen ist es neu, es kommt aus ihr als Neues heraus, und der Nachweis, das wäre ja schon lange dagewesen, das sei ja alte Weisheit, ist töricht —, in dem jungen Menschen ist es neu geworden, in ihm ist die schöpferische Begeisterung, ist das Selbstbewußtsein. Die Jungen sind die Entdecker „neuer" Welten. Wir brauchen diese jungen Lehrer vor allen Dingen, wenn wir die Grundsätze der Arbeitsschule durchführen wollen; denn die Arbeitsschule, wenn sie etwas taugt — sie taugt auch nicht immer etwas —, dann ist sie eine Entdecker- und Erfinderschule, die in den jungen Geistern auf der Schulbank das Bestreben wachruft, aus sich heraus etwas zu machen, etwas zu bilden, etwas zu gestalten.

Was wird denn nun später? Es fehlen uns Jahrzehnte im Lehrkörper. Es gibt sehr viele Schulen, da ist der jüngste Lehrer über 40 Jahre alt. (Zuruf: Das stimmt.) Hier nicht? (Zuruf: Aber ja!) Man hat mir 42 Jahre, man hat mir 43 Jahre genannt, und das noch in Städten, die ein gewisses Wachstum aufweisen. Es wird in Zukunft zwei Gruppen von Lehrern geben, wenn wieder einmal Wachstum kommt: ganz junge und ganz alte, und die Kluft auszufüllen, wird sehr schwer sein, insbesondere auch deswegen, weil nun auch eine verschiedene Vorbildung das Hinüber und Herüber erschweren wird.

Es gäbe, verehrte Anwesende, einen anderen Weg, ich habe ihn angedeutet. Was wir heute an Arbeitslosenversorgungen und Arbeitslosenversicherung haben, das ist nicht das Richtige. Wenn weniger Arbeit da ist, muß die Arbeit auf alle verteilt werden. Aber es geht nicht, daß sieben Millionen, die uns angedroht sind, von der Arbeit der anderen leben. Daß die anderen geben müssen, ist ja noch nicht das Schlimmste dabei. Das Schlimmste dabei ist, daß diese sieben Millionen das Beste, was sie haben an sittlichem Gehalt, ob sie wollen oder nicht, verlieren. Und so geht's natürlich auch den Mitgliedern unseres Standes, wenn sie auf die Straße geworfen werden. Das ist nicht arbeitswirtschaftlich, das ist nicht volkswirtschaftlich, das ist nicht menschenwirtschaftlich!

Nun frage ich Sie vor allen Dingen: Wie reimt sich das, was heute geschieht, mit dem, was vorhanden ist? Wir haben schon heute **Arbeitslosigkeit im Lehrerstande, trotzdem erhöht man die Stundenzahl,** die der einzelne Lehrer zu geben hat. Man legt die Klassen zusammen und **vergrößert die Klassen,** man **vermindert die Zahl der Unterrichtsstunden für die Kinder,** man **legt die Schulen und Schulkörper zusammen.** Das wären alles Maßnahmen gewesen, die einige Vernunft gezeigt hätten, wenn wir Lehrermangel hätten. Auch dann wären sie nicht gerade schön, aber dann würde ich sagen: Schön, es ist etwas, was einigermaßen vernünftig gedacht ist. Aber das, was man heute in den Schulen macht, das ist nicht vernunftgerecht, das ist schlechterdings unvernünftig, das ist das Gegenteil von dem, was man tun sollte. Man sollte Einrichtungen und Aenderungen treffen, bei denen es möglich wäre, daß jeder und jede, die heute in der Schule stehen, und die, die man in den Lehrerberuf hineingelockt hat, auch in den Schulen bleiben können. Das Schwere, was wir dabei dann auf uns nehmen müßten, müßte halt getragen werden, und bei vernünftiger Wirtschaft würde das auch gehen.

Wir haben ja heute eine etwas gemilderte reine Personallösung und Personalbesoldung. Verehrte Anwesende, das hat es in früheren Zeiten nie gegeben. Das Einkommen hat sich früher immer aufgebaut auf der Familie, und wenn wir zu diesem Grundsatz wieder mehr zurückkommen, dann mag das Schwere, was uns droht, auch noch so schwer sein, es wird sich tragen lassen. Ohne schwere Opfer kommen wir über die Dinge nicht hinweg. Aber so, wie sie jetzt eingeleitet sind, könnte sie vielleicht ein Finanzminister verantworten, ein Unterrichtsminister nicht! Ich bin übrigens der Meinung, der preußische Finanzminister, wenn er Unterrichtsminister wäre, ginge wahrscheinlich andere Wege. Er ist ein grundgescheiter Mann.

Aber es gehört natürlich Mut dazu, so einen Weg zu gehen, und Mut ist heute nicht allemal überall vorhanden. Man scheut sich vor diesem und jenem, man scheut sich vor allen Dingen vor großen Körpern, die einem dabei in den Weg treten könnten. Das aber, verehrte Anwesende, glaube ich hier ohne weiteres aussprechen zu müssen: was heute auf dem Schulgebiet geschieht, das ist nicht Abbau, eine solche Beschönigung kann man sich nicht gefallen lassen, das ist Schulverwüstung und Schulzerstörung, und die Folgen davon werden sich noch nach Jahrzehnten in unserem Volkskörper fühlbar machen.

Ja, warum kann denn alles das so ohne weiteres geschehen? In den Zeitungen wird freilich viel Lärm gemacht, aber, die Berichterstatter werden mir das nicht übel nehmen, die Zeitungen bringen ja nicht immer das zum Ausdruck, was den maßgebenden Schichten der Bevölkerung durch den Kopf geht. Es wird auch in unseren Vereinigungen dagegen Sturm gelaufen, aber wenig Eindruck hat es bisher gemacht.

Das, verehrte Anwesende, bringt mich auf das Schlimmste, was ich Ihnen vorzutragen habe, daß nämlich der innere Anteil am Erziehungswesen, der innere Anteil, an der Volksschule insbesondere, geringer geworden ist, ja, daß sich der Zweifel an dem Wert der Volksbildung heute ganz ungescheut aussprechen darf. Etwas, was man früher den Ostelbiern allenfalls noch hingehen ließ, sprechen heute führende Philosophen aus, ja, das sprechen heute führende Gewerkschaftler aus, ohne in irgendwelchen Kreisen Widerspruch zu finden. Wir leben in dieser Beziehung in einer ganz neuen Zeit. Eine solche Geringschätzung der Volksbildung und Volkserziehung hat es bisher nicht gegeben. Der Gedanke der Erziehung aller ohne Ausnahme, den wir von Pestalozzi, den wir von Fichte geerbt haben, und den wir zum Ausdruck und zur Durchführung gebracht haben in der Forderung und in der Durchführung der Einheitsschule, dieser Gedanke scheint in weitestem Umfange im Sterben zu liegen, und zwar bei denjenigen, die unser Volk führen.

Man hat mich gefragt, warum man in der Arbeitgeberschaft von der Volksschule heute häufig abrückt. Das hängt eng zusammen mit der Änderung der Arbeit. Die Einzelgeschicklichkeit kommt nicht mehr in

dem Maße zur Geltung wie früher. Einige Ingenieure und einige Monteure machen die Dinge fertig und dann wird „genormt", wird möglichst gleichmäßig gearbeitet. Der angelernte Arbeiter ist heute in größerem Umfange in den Fabriken und Werkstätten tätig als früher. Der Bildungsgedanke, der sich lediglich auf den Beruf stützt, auf den Wert der Bildung für den Beruf, dieser Gedanke ist nicht mehr in vollem Umfange Träger unserer Bildungsarbeit. Wir müssen uns heute wieder an die alten großen Führer erinnern, die unsere Bildungsbahn vorgezeichnet haben. Heute handelt es sich wieder darum, daran zu erinnern, daß jeder Mensch, sei er geboren, wo er geboren ist, das Anrecht hat auf volle Entwicklung seiner geistigen und körperlichen Kräfte, daß jedes Kind zum Menschen, zum vollwertigen Menschen erzogen werden muß. Was er dann mit seinen Kenntnissen und seinen Fertigkeiten im Beruf anfängt, das ist eine ganz andere Frage. Ich glaube nicht, daß wir in der künftigen Gesellschaft die Bildungshöhe mit dem Beruf eng verkoppeln dürfen. Wäre es denn wirklich ein so großes Unglück, wenn jemand, der die Reifeprüfung gemacht hat, nun ins Gewerbe gehen, oder wenn er Landarbeiter werden müßte. Wenn er ein ganzer und echter Mensch ist und sein Beruf ihn ernährt, dann kann er in seinen freien Stunden und an seinen freien Tagen mit den Göttern zu Tische sitzen, kann seinen Goethe und Schiller aufschlagen, auch Schopenhauer, Lessing, Kant und Hegel; er kann seine alten Dichter hervorholen. Alles das wird die Zukunft wahrscheinlich einmal anders sehen, als wir heute. Ich glaube nicht, daß wir jedem, der eine Reifeprüfung gemacht hat, die Anwartschaft auf einen akademischen Beruf zuerkennen können. Wenn die Berufe da sind, ist es gut, sind sie aber nicht da, dann müssen wir uns eben anders einrichten, und so sehe ich in der zukünftigen Menschheit keine Veranlassung zum Abbau der Bildungsarbeit.

Wollen wir ein freies Volk werden, in sich verbunden, auf Gleichwertigkeit gestellt — nicht auf Gleichartigkeit, Gleichartigkeit ist ein öder Traum, der in die Kulturlosigkeit und nicht in die Kulturhöhe führt —, so werden wir auch denjenigen, der sogenannte „niedrigste Arbeit" leistet — verehrte Anwesende, die gibt es gar nicht, welche Arbeit ist niedrig, und welche ist hoch? — zugestehen müssen, daß er als geistiger Mensch und als Mitglied unseres Volkstums eine volle Wertung in Anspruch nimmt.

Wir haben keine Veranlassung, unser Schulwesen abzubauen, vielmehr sollen wir es aufbauen und ausbauen. Wir wissen ja, daß sich die Lehrerschaft mit diesem Gedanken außerordentlich viel beschäftigt hat, auch der letzte Preußische Lehrertag hat das getan. Ich bin allerdings mit dem, was dabei zustande gekommen ist, nicht in jeder Beziehung ganz einverstanden. Die Sätze, die uns in Koblenz vorgelegt wurden, sind ja auch nicht angenommen worden. Einiges habe ich auch — das darf ich hier in aller Bescheidenheit aussprechen — in den Sitzungen und auch in der Versammlung in Koblenz getan, daß es nicht geschehen ist.

Man geht nach meiner Auffassung heute einen großen Irrweg im Ausbau der Volksschule. Es ist das Schlagwort aufgekommen, die Kinder müßten in unserer Volksschule berufsfähig gemacht, auf den Beruf vorbereitet werden. Ich habe jeden, der mir das gesagt hat, gefragt: „Ja, welches ist denn nun dieser Beruf? Wenn du deine 40 oder auch nur 30 Kinder vor dir sitzen hast welchem Beruf willst du sie denn zuführen? So viel Kinder, so viel Berufe, so viel Fähigkeiten und Neigungen sitzen nebeneinander." Die Volksschule darf sich in die Irrgänge des Berufslebens nicht verlieren. Man ist ja dabei so weit gegangen, daß man sogar die Lesestoffe entsprechend behandelte. An der Pädagogischen Akademie in Halle wirkt ein Professor Franz, der hat in einer unserer Zeitschriften auseinandergesetzt, daß er durch die Lektüre die Arbeiterkinder zum proletarischen Bewußtsein, die Bürgerkinder zum bürgerlichen Bewußtsein und die Bauernkinder zum bäuerlichen Bewußtsein bringen wolle. Die Tugenden seien in den verschiedenen Gruppen andere. Die Tugend des Arbeiters sei Solidarität, die Tugend des Handwerkers sei eine ganz andere.

Verehrte Anwesende, das sind Irrtümer, das sind Abirrungen vom rechten Wege, die aber auch bereits in unseren eigenen Reihen Platz gefunden haben. In Koblenz wurde uns eine Denkschrift von dem Ausschuß des sächsischen Lehrervereins für die Mittelstufe vorgelegt. Ich will Ihnen das Einzelne nicht mitteilen, aber Sie werden an Folgendem genug haben: Für das 8. Schuljahr werden vier Züge nebeneinander verlangt, zwei Sprachenzüge, einer mit Fremdsprache, einer ohne Fremdsprache, ein Zug für zeichnerisch und einer für praktisch Begabte. Im 9. und 10. Schuljahr sollen es dagegen schon acht Züge nebeneinander sein; drei Sprachenzüge, je einer für zeichnerisch, technisch und musikalisch Begabte und zwei Züge für praktisch Begabte. Der musikalische Zug soll zehn Musikstunden haben, es handelt sich um 14 bis 16jährige Kinder. Aber solche Gegenstände, wie Raumlehre usw. sollen nicht gegeben werden, selbst in dem Zeichnenzug fällt die Raumlehre weg.

Verehrte Anwesende, das sind Dinge, über die man sich ja lustig machen könnte. Es ist die Ausgeburt eines Gedankens, der durch die heutige Zeit geht, nämlich des Gedankens, daß der Beruf und die Vorbereitung auf den Beruf alles ist. Man hat den Menschen dabei vergessen und will alles auf den Beruf aufbauen. Ich bin der letzte, der sich dagegen wenden würde, daß der Unterricht mehr gegenwartsbetont sei. Wir müssen aus dem Leben schöpfen und in das Leben hineinführen, aber wir dürfen unsere Volksschule nicht zerstören lassen. Sie hat die Aufgabe, die jungen Glieder des Volkes geistig emporzuführen. Sie hat die Aufgabe, jeden und jede im Volk so nahe an die geistigen Güter heranzuführeen, als seine Kräfte es zulassen. Nur dann erfüllt sie ihre Aufgabe, nur dann tut sie das, was unsere großen Meister uns vorgezeichnet haben, und in diesem Sinne haben wir das, was wir als Einheitsschule errungen haben, auszubauen und weiterzuführen. Vielleicht können wir in einiger Zeit die 6- und 7stufige Grundschule bekommen und unsere Aufbauschule, die in grader Linie fortführt, zur alleinigen höheren Schule machen. Ich will hier auf diese Dinge nicht näher eingehen.

Wenn man dagegen einwendet, es müßten die besonderen Anlagen und Neigungen gepflegt werden, verehrte Anwesende, die besonderen Anlagen und Neigungen warten zumeist gar nicht auf die Pflege im Schulunterricht. Diese Menschen gehen ihren eigenen Weg auch ohne die Schule. Was sie brauchen, ist ein guter, wirklich grundlegender Schulunterricht. Man soll die besonderen Anlagen und Neigungen sehen und freundlich beobachten, soweit dazu Gelegenheit ist, aber ich glaube, man tut dem jungen Menschen nichts Gutes, wenn man ihn schon in frühester Zeit auf diese Anlagen und Neigungen festnagelt. Nicht aus jeder Blüte wird eine Frucht, sehr viele fallen ab, und die Verluste, die durch zu frühzeitiges Hindrängen auf eine Einzelheit entstanden sind, lassen sich dann nicht mehr einbringen.

In diesem Zusammenhang wäre ja auch über Lehrerbildung einiges zu sagen, ich will hier davon absehen. Ich betrachte unsere Pädagogischen Akademien nicht als einen glücklichen Griff. Sie sind vielleicht ein Anfang, sind aber vielleicht auch ein Abweg, und daß sie bekenntnismäßig getrennt sind, ist sicherlich ein großer Fehler.

Ich habe damit so manches, was bei uns in neuester Zeit geschehen ist, nicht gutgeheißen. Ich habe den neuen Staat als solchen nicht dafür verantwortlich gemacht. Das kann ich auch nicht; denn der Staat ist ja nichts außer uns, der Staat sind wir. Wir sind auch in manchen Irrtümern mitgeschwommen und haben nicht immer nein gesagt, wo wir öfter hätten nein sagen sollen. Aber vergessen wollen wir doch in dieser Stunde nicht, was der neue Staat uns auch gebracht hat. Er hat uns befreit von der Aufsicht durch die Kirche. Pfarrhaus und Schulhaus stehen heute nebeneinander, und die beiden, die drin sitzen, sind Nachbarn geworden, sie können miteinander arbeiten, sie können auch füreinander arbeiten, ohne daß der eine der Diener des anderen wird. Das ist etwas ungeheuer Großes, das wir fast vergessen haben. Wir sind auch staatlich mündig geworden, wir haben alle staatsbürgerlichen Rechte, die man uns früher verweigert hat. Die Bahn ist frei geworden, wir können heute aus unserem Beruf zu den ersten Stellungen im Schulwesen gelangen, die freie Bahn ist dem Tüchtigen eingeräumt worden. Freilich, dieser und jener behauptet, das Parteibuch tue hier und da etwas mehr dabei als die berufliche Eignung. Und noch eines muß man anerkennen: in vielen unserer Schulen ist neues Leben, ist neues Schaffen, etwas, was im alten Staate und in der alten Schule nicht möglich war. Alles dessen wollen wir uns freuen, und wir können dann mit um so größerem Nachdruck das von uns abweisen, was unsere Schule zerstört, den Parteistreit um die Schule und Parteistreit in der Schule. Was unser Schulwesen darunter heute leidet, das ist ja leider unendlich viel. In sehr maßgebenden Stellungen sitzen gewisse Parteien für sich ganz allein, und daß nur sie allein über so ausgezeichnete Köpfe verfügen sollten, ist nicht gut anzunehmen.

Dann noch etwas, was an das Herz der Schule greift. Wir verteidigen heute die Staatsschule. Die Reichsschulgesetzentwürfe haben die Staatsschule vollständig verneint. Es ist dem Sinne nach gleich, ob es heißt, daß der gesamte Unterricht „im Geiste des Bekenntnisses" sich bewegen soll oder ob es heißt, der gesamte Unterricht soll „dem Glauben gemäß" gestaltet werden. Beides heißt, die Schule gehört nicht dem Staate, nicht der Staat hat zu bestimmen, was in den Schulen gelehrt wird, sondern die Kirche. Man macht uns immer wieder weis, wir hätten ja die Bekenntnisschule gehabt. Das ist nicht wahr. Das alte preußische Landrecht kannte nur die gemeinsame Schule als Regelschule, und selbst ein so elendes Gesetz wie das Schulgesetz von 1906 hat keine Bekenntnisschule in diesem Sinne geschaffen, sondern hat nur bestimmt, daß in der Regel evangelische Kinder von evangelischen und katholische Kinder von katholischen Lehrern unterrichtet werden sollen. Kein Wort über Gestaltung des Unterrichts, kein Wort über Schulaufsicht. Niemand war berechtigt, von dem Lehrer eine bekenntnismäßige Einstellung im Gesamtunterricht zu verlangen. Der Religionsunterricht bleibt natürlich außer Betracht. Was die neuen Reichsschulgesetzentwürfe vorsehen, ist eine neue Schulform, ist eine unstaatliche Schule, eine Kirchenschule im verwegensten Sinne des Wortes. Wenn man daneben eine Schule schaffen will ohne Religionsunterricht, eine sogenannte weltliche Schule, so ist dies dann erst recht eine Bekenntnis- oder vielmehr eine Nichtbekenntnisschule,

die um nichts besser ist als die andere. Der Staat soll damit aus der Schule entfernt werden, und ich fürchte, wir werden ein Schulgesetz bekommen, das an diesen Dingen vorübergeht. Damit wäre die ganze Geschichte der preußischen und deutschen Volksschulentwicklung abgeschlossen und eine ganz neue Zeit begönne.

Glücklicherweise hat sich auf demselben Boden ja auch Neues entwickelt. Wir haben neben der bisherigen Volksschule eine große neue Volksschule erhalten, die Berufsschule. In den deutschen Berufsschulen sitzen heute schon nahezu 2½ Millionen junger Menschen, es wird etwa die Hälfte der Volksschüler sein. Das ist etwas, was auf dem Boden des neuen Staates zwar nicht neu geworden ist, aber doch in gewaltigem Ausmaß fortgesetzt wurde. Man nennt diese Schule ja nicht mehr, wie früher, Fortbildungsschule, also Bildungsschule, sondern Berufsschule. Ich halte diese Umbenennung nicht als besonders glücklich. Man hat sich den Forderungen der gewerblichen und der landwirtschaftlichen Stellen anbequemt. Ich glaube, daß wir alle Veranlassung haben, unsere heranwachsende Jugend vom 14. bis 18. Jahre neben beruflicher Schulung auch auf derselben Linie weiterzuführen, die in der Volksschule begonnen ist, sie näher heranzuführen an die geistigen Güter, sie in lebendiger Weise vertraut zu machen mit unserer Dichtung und unserer Kunst. Es ist ja das empfänglichste Alter, wo vieles in die jungen Menschen schon eingehen kann, was auf den Volksschulbänken unmöglich ist.

Aber nicht nur, daß hier eine Vereinseitigung stattfindet, sondern dasselbe ist ja auch, wie ich auseinandergesetzt habe, hinübergeströmt in die Bewegung für die Neugestaltung der Volksschule. Man will mit der Berufsbildung schon hier anfangen, und denkt nicht daran, daß das Leben mehr ist als der Beruf. Wenn sich die jetzige technische Entwicklung fortsetzt, die Maschine entwickelt sich reißend schnell, verehrte Anwesende, dann wird der Arbeitstag, man mag wollen oder nicht, immer kürzer werden. Wir bleiben dann nicht beim 6- oder 7stündigen Arbeitstag, wir gehen noch weiter zurück. Das berufsmäßige Schaffen wird sich in kürzerem Zeitraum ausreichend vollziehen. Die Maschine ist die große Macht, die den Menschen aus dem Kulidasein erlöst hat, nur muß sie menschenwirtschaftlich benutzt werden und nicht lediglich so, wie wir sie heute noch vielfach ansehen. Darum, verehrte Anwesende, werden wir auch für die Muße des Menschen zu sorgen haben. Wie er seine Mußestunden ausfüllt, das wird bestimmend für den Menschen der Zukunft sein, ob er Erholung sucht in ödem Genuß, in öden Vergnügungen, oder ob er sich zu Tische setzt mit den besten Geistern der Menschheit. Ihm dazu den Weg zu bahnen, ihm dazu zu verhelfen, das ist unsere Aufgabe in allen Schulen, insbesondere in den Schulen, an denen wir schaffen.

Ja, und was wird nun werden, verehrte Anwesende? Wird unser deutsches Volk noch einmal im deutschen Staat vereinigt werden, wird alles, was deutsch ist, auch staatlich zueinander gehören? Das, was uns kürzlich so schmerzlich betroffen hat in bezug auf die Zollunion mit Österreich, läßt wenig erhoffen. Was wird eintreten, wenn das Hooverjahr zu Ende ist, werden wir dieselben Lasten weitertragen sollen? Während wir die wertvollsten wirtschaftlichen Güter entbehren, wird in Amerika der Weizen in die Zugmaschinen geschüttet, um verbrannt zu werden. Der Kaffee lagert in Brasilien, Waren über Waren lagern in den Werkstätten und in den Kaufhäusern. Wir sind mit unserer Wirtschaft auf einem Standpunkt angelangt, wo es nicht mehr weitergeht. Aber wer wird den rechten Weg finden? Damit wird sich auch das Schicksal der Schule entscheiden. Einstweilen, verehrte Anwesende, kommen wir in äußerste Armut hinein, auch in der Schule. Wir mögen uns sträuben soviel wir wollen, es geht nicht anders. Aber, unsere Pflicht ist, dafür zu sorgen, daß diese äußere Armut kein innerer Verfall wird. Dazu die Wege zu weisen und dazu zu helfen, das ist unsere Aufgabe, das ist unser Volksdienst, und dieser Aufgabe soll ja auch wohl die heutige Versammlung dienen.

Verehrte Anwesende, in der Not bewährt sich der Mensch, in der Not treu befunden zu sein, das ist das Höchste. Wir wollen offen vor aller Welt sagen, was wir verwerfen, was wir beanstanden müssen in unserem Erziehungswesen. Es ist ja nicht alles gut, was in die Schulen eindringt. Ich habe Ihnen nicht ohne Grund auseinandergesetzt, daß wir weniger Jugend haben. Wenn wir weniger Jugend haben, haben wir weniger Zukunft. Wenn wir diese Jugend nicht so gut erziehen, als es möglich ist, kann einem um die Zukunft bangen.

Auf der Deutschen Lehrerversammlung in Frankfurt am Main glaubte der preußische Schulminister uns sagen zu müssen, er sei auch Staatsminister. Ich glaube, der Staatsminister, dem die Schule anvertraut ist, hat nichts Höheres zu tun, als Schulwart und Jugendwart zu sein. Die anderen Dinge können vielleicht die anderen noch etwas besser. Wenn er das ist, und wenn wir mit ihm und mit unseren Schulbeamten für die höchsten Güter eintreten, dann tun wir das, was wir an unserem Volk tun können.

Volk und Schule hängen auf's engste zusammen. Man hat die Schule einmal den Eckstein des Volkshauses und des Staatshauses genannt. Das wollen wir unseren Zeitgenossen wieder einhämmern, daß sie das ist, daß man sie nicht verfallen lassen darf, daß wir sie schützen müssen, daß wir einer Verkümmerung uns auf das äußerste widersetzen werden. Ohne Kampf kommen wir über diese Dinge nicht hinweg. „Die Welt ist nicht aus Brei und Mus geschaffen, wir müssen siegen oder unterliegen, wir müssen Hammer oder Amboß sein!" Wir wollen das Schicksal unseres Volkes und unseres Staates dadurch mitwenden helfen, daß wir für unsere Jugend und unsere Schule alles tun, was wir tun können. Wir wollen aber dabei nicht vergessen, daß, so wichtig alles Äußere ist, das Innere noch wichtiger ist. „Es ist der Geist, der sich den Körper baut."

Als ich von Berlin fortfuhr, kam mir ein kleines Buch in die Hand mit dem Titel: „Wir sind die Zeit." Ich habe dieses stolze Bewußtsein an einer anderen Stelle meines Vortrages etwas eingeschränkt, aber wer recht handeln und wer recht schaffen will, der wird mehr können, wenn er sich und seine Kräfte überschätzt, als wenn er sie unterschätzt. Wir können viel, wenn wir wollen. Wir können das Schicksal der Schule von uns allein aus nicht ändern. Aber eines können wir, wir können helfen, daß unsere Schule aus diesen schlimmen Zeiten nicht so verschlechtert hervorgeht, als es jetzt den Anschein hat. Wenn jenes stolze Wort sagt: „Wir sind die Zeit", dann lassen Sie mich dem das Wort gegenüberstellen: **Wir sind die Schule!** Und das wollen wir sein, und mag's noch schlimmer kommen. Unsere Treue an unserem Werke darf keinem Zweifel unterliegen. Dann werden wir vielleicht auch wieder Helfer finden. Wenn uns Zweifler am Volksbildungsgedanken begegnen, denen wollen wir sagen, daß sie irren, daß sie im Kleinen denken und nicht im Großen. Niemand hat das Recht, auch nur einen einzigen unserer Volksgenossen von dem Tische, an dem die geistigen Güter dargeboten werden, wegzuweisen. Das ist Volkserziehung, das ist Volksbildung, das ist Staats- und Volksführung, und daran wollen wir, so gut wir können, mitwirken."

10000,– G

+ Dividenden

sparen Sie

als 30jähriger zur **Barauszahlung** in Ihrem 60. Lebensjahr oder für den etwaigen Todesfall zur **sofortigen** Auszahlung an Ihre Frau und Ihre Kinder

gegen **23,80 G** Monatsbeitrag

bei unserer einheimischen

Lebens-Versicherungsanstalt Westpreußen

Im Verbande öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland

Danzig, Silberhütte

Die neue Notverordnung Preußens

ist noch böser ausgefallen, als nach der in der letzten Nummer unserer Schulzeitung zum Abdruck gebrachten Meldung der „Vossischen Ztg." zu erwarten war. Die alleinstehenden Lehrer verlieren ihre Zulage entgegen jener Meldung ganz.

Die Danziger Beamtenzeitung vom 25. September hat inzwischen den endgültigen Text gebracht.

In Preußen gedenkt man gegen die offenbaren Rechtsverletzungen dieser Sparverordnungen die Hilfe der Gerichte in Anspruch zu nehmen.

Die Preußische Lehrerzeitung schreibt in ihrer Ausgabe vom 26. September:

„Schon mehren sich von allen Seiten die Stimmen, die die Rechtsgültigkeit der preußischen Sparverordnung anzweifeln. Wir messen sicherlich nicht mit Unrecht vor allem der Meldung einige Bedeutung bei, die vom Präsidium des Deutschen Richterbundes der Presse übergeben worden ist und die lautet:

„Das Präsidium des Deutschen Richterbundes hat gegen die Rechtsgültigkeit der preußischen Sparverordnung die schwersten Bedenken, insbesondere insoweit, als sie willkürlich einzelne Beamtengruppen herausgreift und sie in ihren Bezügen heruntersetzt, und als sie ferner diese Anordnung entgegen der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten zeitlich nicht einschränkt."

So darf also gehofft werden, daß es neben dem Reichsbund höherer Beamten und neben dem Deutschen Beamtenbund, der nach einer neueren Erklärung seines Vorsitzenden ebenfalls auf dem Rechtswege gegen die Rechtsverletzungen dieser Notverordnung vorgehen will, auch dem Preußischen Lehrerverein gelingen wird, die Unhaltbarkeit dieses Gesetzeswerkes gerichtlich nachzuweisen."

Lehrerverein zu Danzig.

Meine Anschrift ab 1. Oktober ist Danzig-Langfuhr, Prinzenweg 28. Schmude.

Druck von A. W. Kafemann, G. m. b. H., Verlagsbuchhandlung u. Druckerei, Danzig, Ketterhagergasse 3/5.